

Protokoll:	Ausschuss für Klima und Umwelt des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	25
		TOP:	2
Verhandlung		Drucksache:	-
		GZ:	
Sitzungstermin:	21.04.2023		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Pätzold		
Berichterstattung:	Herr Dr. Görres (AfU)		
Protokollführung:	Herr Haupt / as		
Betreff:	Sachstandsbericht ü. d. aktuellen Ausbaustand b. d. Photovoltaik - Antrag Nr. 332/2022 v. 19.10.2022 (Die FrAKTION), - Antrag Nr. 5/2023 v. 09.01.2023 (SPD) - Antrag Nr. 26/2023 v. 03.02.2023 (SPD, 90/GRÜNE, Die FrAKTION, PULS) - mündl. Bericht -		

Die im Betreff genannten Anträge sind dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Datei- anhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll ist sie in Papierform angehängt.

Herr Dr. Görres betont, die Verwaltung habe versucht, möglichst umfassend die im Be- treff aufgeführten drei Anträge zu beantworten. Er berichtet daraufhin im Sinne der an- gehängten Präsentation und geht hierbei auf diese Anträge ein. Er ergänzt hinsichtlich der Weiterentwicklung des Förderprogramms Solaroffensive, die Verwaltung werde eine diesbezügliche Überarbeitung vornehmen und bis zur Sitzung des AKU am 07.07.2023 eine entsprechende Beschlussvorlage und somit eine Neufassung des Förderpro- gramms erstellen, da hierzu ein neuer Gemeinderatsbeschluss benötigt werde.

Die in dem Bericht von Herrn Dr. Görres systematisch ausgearbeiteten Aspekte seien positiv zu bewerten, was auch Ziel der vorliegenden gemeinsamen Anträge gewesen sei, betont StR Rockenbauch (Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei). Es sei wichtig, aus dem Klimafahrplan von *McKinsey* einen Bereich zu behandeln. Der Bericht der Verwaltung zeige die umsetzbaren Möglichkeiten im Bereich der PV und die zukünftigen technischen Möglichkeiten auf. Die erneuerbaren Energien stellten einen wichtigen Sektor für die anderen Bereiche dar. Bestimmte Sektoren wie die Gebäude und der Verkehr würden bundesweit nicht betrachtet und nun solle dies offenbar die erneuerbare Energie kurieren. Ein großes Potenzial in der LHS stelle der PV-Bereich dar, von dem ein Viertel erschlossen sei. Auf seine Frage, welche Auswirkungen die Inhalte des heutigen Berichts auf den Klimafahrplan hätten und welche zusätzlichen Maßnahmen durchgeführt werden müssten, betont Herr Dr. Görres, in der Sitzung des AKU am 12.05.2023 werde die Verwaltung versuchen, erste Antworten zu den acht Maßnahmen im Bereich des AfU geben. Ähnlich wie das unter diesem Tagesordnungspunkt behandelte Thema der PV würden ebenso die anderen Bereiche dargestellt. Zudem werde eine Gesamtübersicht vorgestellt, mit welchen Lösungen das Ziel erreicht werden könne.

StR Rockenbauch betont, falls ein Beitrag zudem zur Wärmewende geleistet werden solle, müsse die Sonnenenergie ebenso über PV-T für die Wärme genutzt werden. Es stelle sich zudem die Frage, warum keine PV-T-Anlagen auf dem versiegelten Gelände des Cannstatter Wasen errichtet würden, bevor Agri-PV-Anlagen auf landwirtschaftlichen Flächen installiert würden.

StR Dr. Jantzer (SPD) dankt Herrn Dr. Görres und dessen Projektteam für die geleistete Arbeit. Im Bereich der städtischen Liegenschaften sei trotz Personalmangels einiges erreicht worden. Es sei ausgesagt worden, bei den SSB bestehe im Bereich PV noch großes Potenzial. Daher müsse bekannt gemacht werden, in wieweit der Gemeinderat die SSB bei der Ausweitung der PV-Anlagen finanziell unterstützen könne. Die Strategie des Flughafens im PV-Bereich sei für die Stadt nicht transparent. Daher habe sich seine Fraktion bei dem Beschluss für die Freigabe finanzieller Mittel für den Flughafen enthalten. Er regt an, eine entsprechende Diskussion über die Strategie des Flughafens nachzuholen. Die Erschließung des Potenzials der Netto-Treibhausgasneutralität des Flughafens bis zum Jahr 2040 sei nicht ambitioniert. Es sei ihm bekannt, dass dieses Thema als "Geheimsache" im Aufsichtsrat des Flughafens behandelt werde, was jedoch nicht richtig sei, so der Stadtrat. Herr Dr. Görres regt hierzu an, die entsprechenden Maßnahmen im Aufsichtsrat des Flughafens und der SSB einzufordern.

Erfreulich sei die produktive Aufnahme des Antrages seiner Fraktion zu den Balkonanlagen durch die Verwaltung, so StR Dr. Jantzer. Er habe noch nie ein derart großes Interesse erlebt wie an einem Infostand im Stadtbezirk Vaihingen zu Thema Balkonanlagen. Dies zeige den Wunsch einer Beteiligung der Bevölkerung an der Energiewende. Große Solaranlagen seien zwar wesentlich ertragreicher, aber die Beteiligung der Bürgerschaft mit jeweils einem möglichst geringen finanziellen Budget stelle einen wichtigen Punkt dar. In dem gemeinsamen Antrag sei daher eine erhöhte Förderung für Personen mit Bonuscard und eine einstufige Förderung vorgeschlagen worden, was zu begrüßen sei. Die Neufassung einer geänderten Vorlage zum Förderprogramm bis zur Juli-Sitzung des AKU sei positiv zu bewerten, damit der Gemeinderat diese beschließen könne. Es sei sehr wichtig, die Stadtgesellschaft bei diesem Thema zu beteiligen. Es fehle der Aspekt, wie die SWSG und die Wohnbaugenossenschaften die PV-Balkonanlagen umsetzen könnten. Zum einen müsse ein entsprechendes Angebot an

die Mieter*innen kommuniziert werden, da der Vermieter beispielsweise bei einem Auszug des Mieters die Übernahme der Investition anbieten könne. Bei Balkonanlagen könnten die Mieter nicht wie Eigentümer auf Lebenszeit abrechnen, sondern lediglich auf ihre Mietdauer. Des Weiteren bestehe die Haftungsfrage: Falls eine Balkonanlage herunterbreche, könne sich eine Wohnbaugenossenschaft nicht herausreden. Daher würden sichere "Installations-Packs" benötigt. Er äußert die Bitte an die Verwaltung, in diesem Bereich in Bezug auf zugeschnittene Lösungen - wie im Antrag dargestellt - tätig zu werden. Momentan bestünden keine umfassenden Serienangebote, die derartige Möglichkeiten erschlossen. Ebenso solle der Aspekt der Wartung berücksichtigt und gemeinsam mit dem Vermieter vereinbart werden. Diese Themen sollten im Rahmen der Überarbeitung des Förderprogramms in die Vorlage mitaufgenommen werden. Zudem solle eine Rückmeldung der Wohnbaugenossenschaften erfolgen, welche sich an diesen Aspekten beteiligten. Die Verwaltung habe einen Förderzuschuss von 300 EUR vorgeschlagen. Das Land Mecklenburg-Vorpommern biete einen Zuschuss von 500 EUR an. Ihm sei nicht bekannt, ob das Land Baden-Württemberg ebenso einen zusätzlichen Zuschuss gewähre, so StR Dr. Jantzer. Der Zuschuss von 500 EUR in Mecklenburg-Vorpommern müsse mit der Tatsache in Bezug gebracht werden, dass dort 100 % Solarstrom erzeugt werde. Es stelle sich die Frage, wie viele PV-Anlagen in den nächsten drei Jahren mit den städtischen Förderprogrammen installiert werden sollten. Die von der Verwaltung dargestellte Anzahl von 300 Anlagen pro Jahr ist für den Stadtrat nicht ausreichend. Vielmehr sollte die Verwaltung von 1.000 Anlagen pro Jahr ausgehen und hierzu einen Vorschlag unterbreiten. Herr Dr. Görres betont hierzu, die Fragen hinsichtlich der weiteren Entwicklung im Wohnbau werde die Verwaltung in die Arbeitsgruppe Wohnen mitnehmen, die für Mai terminiert sei. Wenn die Wohnbaugesellschaften die Balkonkraftwerke letztendlich zulassen müssten, würden die von StR Dr. Jantzer angesprochenen diesbezüglichen Themen besprochen. Herr Dr. Görres erinnert in diesem Zusammenhang an die frühere Diskussion über Satellitenschüsseln, die nicht angenehm gewesen sei.

Der zweite im Betreff genannte Antrag sei für die Stadt in Bezug auf die Leistung von PV-Strom sehr bedeutend, so StR Dr. Jantzer. Wie von StR Rockenbauch erwähnt, seien große Flächen noch nicht beleuchtet worden. Er habe das Problem, den Übergang zwischen den Zahlen in den Steckbriefen von McKinsey und den Zahlen des Berichts festzustellen. Es bestehe ein wesentlicher Unterschied: Während in dem McKinsey-Gutachten bei der Jahresleistung Terawattstunden (TWh) aufgeführt seien, spreche der Bericht der Verwaltung von Megawatt peak (MWp). StR Dr. Jantzer widerspricht der Aussage von Herrn Dr. Görres, die Zahlen seien gleich. Im McKinsey-Gutachten würden 2,1 TWh erneuerbare Energien genannt und die Stadt führe 2,1 MWp auf, was einen Unterschied darstelle. Es müsse eine Umrechnung von MWp in TWh vorgenommen werden, um die Werte vergleichen zu können. Herr Dr. Görres betont hierzu, in Bezug auf die Verwendung von Gigawattstunden oder Gigawatt werde ein Umrechnungsfaktor verwendet. Aus der Sonnenstrahlung würden Kilowattstunden, Gigawattstunden usw. produziert. In dem Gesamtbericht der Stadt könnten die Werte aus dem McKinsey-Gutachten mit den Leistungen reflektiert werden.

Es solle aufgrund des detaillierten Berichts der Verwaltung festgelegt werden, was umsetzbar sei, und dies solle prozentual zu den Zahlen des McKinsey-Gutachtens gesetzt werden, so StR Dr. Jantzer. Im Mc-Kinsey-Gutachten werde ausgesagt, von den 2,1 TWh würden lediglich 1,5 TWh von den Gebäuden ausgehen. Er habe noch kein Gefühl dafür, wie konkret der Anspruch des McKinsey-Gutachtens mit den Maßnahmen und Lösungen der Verwaltung umgesetzt werden könne. Der Bericht habe die Potenzia-

le aufgezeigt, welche momentan nicht erschlossen würden. Dies betreffe u. a. die nicht mehrheitsfähige WEG und die fehlende Finanzierung, was ein großes Problem darstelle. Durch entsprechende Angebote solle die Bürgerschaft in der Investitionsphase finanziell unterstützt werden. StR Dr. Jantzer äußert die Bitte an die Verwaltung, die im Bericht aufgezeigten Maßnahmen in ein Maßnahmenkataster einzugliedern, damit über diese diskutiert werden könne. Allein die entsprechenden Maßnahmen ermöglichten die Zielerreichung. Falls im Sommer die verbesserten Angebote vorgestellt würden, solle die Umsetzung der Steckbriefe zum jetzigen Zeitpunkt und in den nächsten drei Jahren ebenso detailliert dargestellt werden. Die Verwaltung habe mit der Präsentation eine umfassende Vorarbeit geleistet. Allerdings reichten die Maßnahmen nicht für das gesetzte Ziel aus. Die angestrebte Verachtfachung des PV-Potenzials sei begrüßenswert.

StR Peterhoff (90/GRÜNE) betont, der gezeigte Bericht habe "Hand und Fuß" und spiegle die vorliegenden Anträge wieder. Dabei gehe der gemeinsame Antrag in die richtige Richtung. Aufgrund des deutlichen Zuwachses der PV-Anlagen "sei der Knoten geplatzt". Bereits zum jetzigen Zeitpunkt befinde man sich auf dem Niveau des gesamten letzten Jahres, wobei hinsichtlich der Installation das Handwerk den eigentlichen Engpass darstelle. Daher werde ähnlich wie bei dem Bündnis für Wohnen ein Bündnis für das Handwerk für die erneuerbaren Energien benötigt. Hierbei müssten die zahlreichen kleinen Handwerksbetriebe eingebunden werden, damit diese nicht jegliche bürokratischen Prozesse selber durchführen müssten, sondern lediglich die praktischen Arbeiten ausführen könnten. Die in der Präsentation gezeigten konkreten Zahlen hinsichtlich des Zeithorizonts der Realisierung der PV-Potenziale seien positiv zu bewerten. Obwohl das Potenzial in diesem Bericht deutlich niedriger als im McKinsey-Gutachten liege, müsse untersucht werden, ob das Potenzial nicht doch höher ausfalle. Es sei nämlich zu vermuten, dass Verkehrsflächen an den Gebäuden bereits berücksichtigt seien. Zudem sollten Flächen beispielsweise an der B10, an der A8 oder auf den großen Parkplätzen sowie den Parkhäusern und auf dem Cannstatter Wasen erschlossen werden. Die Verwaltung habe zu einem früheren Antrag seiner Fraktion zum Thema der Potenziale von Agri-PV im Januar berichtet. Hierbei sei die Nutzung großer Flächen beim städtischen Weingut möglich. Die dargestellte Strategie der Verwaltung hinsichtlich zusätzlicher Flächen für PV-Anlagen sei zu begrüßen, da eine Verachtfachung des Potenzials angestrebt werde. Auch die finanzielle Förderung der Balkonanlagen sei positiv, wobei hierfür mehr Gelder benötigt würden. Während die Installation von PV bei den Einfamilienhäusern gut verlaufe, stelle dies bei Wohnungseigentümergeinschaften (WEG) einen schwierigen Prozess dar. Daher sei es begrüßenswert, hierbei die Stromeinspeisung mehr zu fördern. In den Eigentümersammlungen müsse die Barriere in Bezug auf entsprechende positive Beschlüsse beseitigt werden. Herr Dr. Görres führt hierzu aus, die Verwaltung habe in diesem Zusammenhang noch kein Patentrezept entwickelt. Die Hausverwalter seien in die Arbeitsgruppe Wohnen und Gebäude eingebunden worden, da bei dieser Berufsgruppe aufgrund eines erhöhten Arbeitsaufwandes die "Bremse" bestehe.

Die Initiative aus dem Stadtbezirk Botnang zur Bündelung von Anfragen von PV-Anlagen sei vielversprechend, so StR Peterhoff, da hierdurch u. a. die Bürokratie wesentlich geringer ausfalle. Es sei begrüßenswert, dass die Verwaltung dieses Vorgehen über Scouts aufgreifen wolle und diese hierzu befähigen wolle. Der Prozess müsse bei der Stadt koordiniert werden, um ein Ausschreibungstool zu ermöglichen. In Bezug auf den in der Präsentation aufgezeigten erforderlichen zusätzlichen Bedarf an Mitteln und Personal werde deutlich, dass mehr Gelder für das Förderprogramm benötigt würden. Hierbei stelle sich die Frage, ob die im Klimaaktionsprogramm bereitgestellten finanziel-

len Mittel ausreichen oder ob zusätzliche Gelder benötigt würden. Falls die Scouts befähigt werden sollten, sei eine Koordination bei der Verwaltung notwendig. Ebenso werde eine Koordinierung in Bezug auf die zusätzlichen PV-Flächen auf Parkplätzen, Straßen oder landwirtschaftlichen Flächen benötigt. Dies treffe ebenso auf das Handwerk zu. Seine Fraktion sei bereit, die zusätzlichen Ressourcen in den nächsten Doppelhaushaltsplanberatungen anzugehen. Herr Dr. Görres betont hierzu, die Umstellung bei der Förderung sei hilfreich und es seien bereits zusätzliche Mittel angemeldet worden. Derzeit liege das Budget über den bislang zur Verfügung stehenden Mitteln. Es sei nicht bekannt, wie die Finanzverwaltung entscheide, aber dieses Thema werde im Rahmen der Doppelhaushaltsplanberatungen diskutiert. Im Personalbereich würden ebenso zwei bis drei zusätzliche Personen benötigt, um die entsprechende Koordinierung durchzuführen. Dieser Aspekt sei bewusst in einer Gruppe im Energieberatungszentrum (EBZ) vorberaten worden, da die Verwaltung das EBZ und die SWS in dieser Kombination als den richtigen Ansatz sieht.

Es sei positiv festzustellen, dass der Hochlauf im Bereich PV trotz des enormen bürokratischen Aufwands gelinge, so StR Ozasek (PULS). Diese Bürokratie gleiche einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme u. a. für Steuerberater und Wirtschaftsprüfer. Das komplette Dachflächenpotenzial werde für PV-Anlagen häufig jedoch nicht ausgenutzt und es werde lediglich Eigenstrom produziert. Besonders schwierig stelle sich die Situation bei WEGs dar. Der Gesetzgeber müsse andere Rahmenbedingungen schaffen. Dies betreffe bei Bundesstraßen und Autobahnen die Abstandsflächen hinsichtlich der 20- bzw. 40- Meter Korridore. Die Vorgaben seien in diesem Bereich gelockert worden und ein Einsatz von PV-Anlagen sei über Ausnahmeregelungen möglich. Auch Lärmschutzwände seien als Potenzialflächen für PV vorhanden. Stuttgart sei bedauerlicherweise eine Stadt der "leeren Dächer" und müsse stattdessen eine Stadt der grün/blauen Dächer werden. Gebäude müssten als Energieerzeuger bzw. als Prosumenten in die Zukunft entwickelt werden. Die PV-Sherpas (PV-Scouts) wie beispielsweise im Stadtbezirk Botnang seien zu begrüßen, da sie durch das bürokratische Dickicht führten und Menschen vor Ort in Bezug auf die solare Energiewende gewönnen. Im Bereich der städtischen Beteiligungslandschaft bestehe noch hoher Nachholbedarf. Die SWSG verfügten über zahlreiche Wohneinheiten und hier werde eine Hausmeisterkompetenz benötigt. Insbesondere in Bezug auf die Wohnungswirtschaft und die Wohnungsunternehmen sei der Aspekt angesprochen worden, wie die Module an den Balkonen befestigt werden. Hier seien geeignete Lösungen nötig und es müsse eine Kontrolle und Beratung erfolgen. Die Schornsteinfeger seien als PV- und Wärmepumpenbotschafter wichtig und müssten bei der Agenda eingebunden werden. Bedauerlicherweise werde noch die Erdgasheizung "verkauft" oder als Lösung der Wasserstoff in die Haushalte hineinvermittelt. Hierzu betont Herr Dr. Görres, im Vorstand des EBZ sei ein Schornsteinfeger vertreten. An der Stelle eines Schornsteinfegers würde er sich Gedanken machen über die Rolle des Berufs in 5 bis 10 Jahren. Bislang suchten die Schornsteinfeger noch zahlreiche Gebäude auf. Falls jedoch kein Gaskessel in den Gebäuden vorhanden sei, entfalle dort der Besuch der Schornsteinfeger. Es könne eine Brücke als zukünftiges Geschäftsmodell in der Form gebaut werden, welche Tätigkeit sie in der Zukunft ausüben könnten.

Im Bereich der Förderung sei es sinnvoll, so StR Ozasek, auf ein einstufiges Verfahren umzusteigen. Dieses Vorgehen führe zu einer Entbürokratisierung und entlaste die Verwaltung. Sehr positiv zu bewerten sei die Aufnahme des Themas der Sozialkomponente in das Förderprogramm. Momentan flössen Fördergelder in Haushalte, die diese Mittel nicht benötigten, da keine ökonomische Härte bestehe. Ebenso begrüßenswert

seien die kostenlosen PV-Checks. In diesem Zusammenhang erinnert StR Ozasek an einen Antrag seiner Fraktionsgemeinschaft zur thermographischen Befliegung, um die Dachlandschaften auf Sanierungspotenziale zu untersuchen. Es bestehe eine PV-Pflicht für Gebäude, die eine grundlegende Dachsanierung erfahren. Herr Dr. Görres führt hierzu aus, eine Thermographiebefliegung werde nach der Befliegung im Sommer erneut im Winter durchgeführt. Dabei würden die Daten anonymisiert erhoben.

StR Ozasek betont, die gewonnenen Daten könnten mit dem Solarkataster verschnitten werden, um somit eine gezielte Beratung für Gebäudeeigentümer*innen anbieten und mit der Installation von PV-Anlagen koppeln zu können. Dies solle möglichst über eine "One-Stop-Agency" erfolgen. So könne an lediglich einer Stelle beraten und die Maßnahmen könnten über das Handwerk als Partner durchgeführt werden. In Bezug auf den Förderhorizont sei die Kombination von PV-Systemen und thermischen Systemen bei der Förderung nicht explizit erwähnt. Allerdings schlummere in diesem Bereich ein außerordentlich großes Potenzial. Auf die Frage von StR Ozasek, ob dieser Aspekt in das Förderprogramm aufgenommen werden könne, betont Herr Dr. Görres, die Verwaltung habe zu keiner Zeit ein PV-Förderprogramm aufgelegt, sondern ein Solar-Förderprogramm angeboten. Insofern sei das Thema PV-T aktuell schon möglich. Er sei bislang etwas zurückhaltend bei diesem Thema gewesen, ob die Wirkungsgradsteigerung tatsächlich eintrete. Durch die Abkühlung des PV-Moduls trete ein höherer Ertrag auf. Die Verwaltung warte jedoch zunächst auf Messergebnisse aus den Anlagen, da das Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung Baden-Württemberg (ZSW) eine andere Aussage bezüglich der Module getätigt habe. PV-T könne durchaus eine Chance darstellen, da hiermit vor allem in den Übergangsmonaten warmes Wasser erzeugt werden könne.

Beim Thema Balkonsolar bestehe eine Deckelung bei 600 Watt, so StR Ozasek. Allerdings existiere eine sehr erfolgreiche Petition auf Bundesebene, um auf den europäischen Standard von 800 Watt zu gelangen. Auf seine Frage, ob die Verwaltung diesen europäischen Standard in ihr Programm aufnehmen könne, ohne ein bis zwei Jahre bis zur nächsten Fortschreibung der Förderrichtlinien abwarten zu müssen, betont Herr Dr. Görres, die Anhebung der Deckelung von 600 auf 800 Watt werde die Verwaltung vorsorglich prüfen. Falls von Bundesebene entsprechende Klarheit bestehe, werde die Stadtverwaltung die europäische Deckelung im Juli übernehmen.

StR Ozasek betont, in dem Bericht sei das theoretische, technische und realisierbare Potenzial dargestellt worden. Auf seine Frage, worin der Unterschied zwischen dem technischen und dem realisierbaren Potenzial bestehe und ob dies beispielsweise ein die Dachfläche verschattender Baum sein könne, führt Herr Dr. Görres aus, falls das Land eine Nachrüstpflicht mitverabschiedet hätte, hätte sich das realisierbare Potenzial erheblich in Richtung technisches Potenzial erhöht. Bei den Potenzialen habe die Verwaltung eine nach unten gerichtete Abschätzung vorgenommen. Daher sei die Differenz möglicherweise nicht ganz so deutlich. Da die Verwaltung an den in der heutigen Sitzung vorgestellten Zahlen gemessen werde, könnten die Werte durch die erwähnte Abschätzung abgesichert werden.

Bei dem Aspekt der PV-Pflicht stelle sich die Frage, wie diese insbesondere bei den grundlegenden Dachsanierungen überwacht werde, welche Kompetenzen die Verwaltung hierbei besitze und ob möglicherweise personell nachgesteuert werden müsse. Herr Dr. Görres ergänzt hierzu, bei diesem Themenfeld bestehe im System noch eine Lücke.

StR Sakkaros (CDU) betont, auf Folie 7 der Präsentation sei dargestellt, die SWSG als städtische Beteiligungsgesellschaft besitze zahlreiche Gebäude. Von den 19.300 Wohneinheiten in der Gesamtanzahl seien bei lediglich 9.000 Wohneinheiten PV-Anlagen realisierbar. Es irritiere ihn, dass eine Gesamtanzahl von 1.200 SWSG-Gebäuden angegeben werde und als PV-realisiert lediglich Wohneinheiten angegeben würden. Es stelle sich die Frage, um welche Anzahl von Gebäuden es sich handle. Angesichts der Anzahl der umgesetzten PV-Anlagen sei die Aussage nicht korrekt, bei den städtischen Liegenschaften würden zahlreiche PV-Anlagen installiert. Ebenso treffe dies auf die SSB zu, die im Vergleich der städtischen Beteiligungsgesellschaften die zweitmeisten Gebäude besäßen. Herr Dr. Görres betont hierzu, die bezüglich der SSB genannten Zahlen stammten aus der Rücksicht der Jahre 2021 und 2022. Erst im Jahr 2022 sei eine entsprechende Kooperation zustande gekommen. Ob bei den SWSG lediglich rund 50 % der Wohneinheiten für PV geeignet seien, sei fraglich und müsse durch die SWSG noch genauer betrachtet werden.

Es sei die Thematik erwähnt worden, so StR Sakkaros, dass offenbar die Lasten der PV-Anlagen auf den Dächern nicht möglich seien. Dabei stelle sich die Frage, ob diese Dächer zu einem gewissen Zeitpunkt saniert würden. Anhand des auf Folie 12 der Präsentation dargestellten Ausbaupfads Photovoltaik bis zum Jahr 2035 werde deutlich, dass der Anteil der für PV genutzten Verkehrsflächen ein deutliches Potenzial berge. Auf die Frage des Stadtrats nach den hiermit verbundenen Kosten und dem Aspekt, ob es wirtschaftlicher sei, die Flächen bereits zum jetzigen Zeitpunkt mit PV zu bebauen, statt diese auf Dächern zu installieren, da auf den Dächern ein erheblicher Mehraufwand bestehe, ergänzt Herr Dr. Görres, die Verkehrsflächen seien zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht günstiger als Dachflächen. Falls dies der Fall wäre, würden als erstes die Straßen mit PV bebaut. Dabei müsse stets die über die Straße zu errichtende Unterkonstruktion für die PV-Module berücksichtigt werden.

StR Sakkaros betont, die Förderprogramme bezüglich der Balkonkraftwerke und der hierzu entsprechende Antrag der SPD-Fraktion seien sehr zu begrüßen. Das Thema Fassaden-PV werde eher spärlich behandelt und sei in keiner Vorlage ersichtlich. Insbesondere Schulgebäude verfügten neben große Dachflächen ebenso über große Fassaden. Auf seine Frage, ob die Verwaltung das Thema Fassaden-PV ebenso berücksichtige, weist Herr Dr. Görres darauf hin, dieses Thema werde bei Tagesordnungspunkt 3 (Niederschrift Nr. 26) behandelt.

Der Aspekt von PV-Anlagen stelle in Mehrfamilienhäusern und Nichtwohngebäuden bzw. Mischwohngebäuden durchaus ein Problem dar, so StR Sakkaros. Die Verwaltung habe dieses Problem zwar erkannt, hierzu jedoch keine Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt. In seiner WEG setze er sich beispielsweise als einziger Bewohner für Solarenergie auf dem Dach ein, so StR Sakkaros. Zudem lehne der Hausverwalter das Thema mit dem Hinweis ab, die Hausdachfläche sei zu klein für die Installation einer PV-Anlage. Ihm fehle ein faires Modell, welches alle Bewohner gleichbehandle, betont der Stadtrat. Der Aspekt der Volleinspeisung lohne sich nicht, da lediglich 6 oder 7 Eurocent pro Kilowatt für eine Volleinspeisung gezahlt würden, aber für den Eigenbedarf ein Strompreis von 30 bis 40 Eurocent pro Kilowatt verlangt werde. Eine PV-Anlage auf dem Dach wolle er als Bewohner selber nutzen. Herr Dr. Görres betont, in Bezug auf das Thema Mehrfamilienhaus bestehe mit dem Mieterstrommodell bereits ein entsprechender Ansatz. Oftmals werde mit den SWS diskutiert, aus welchem Grund diese das Modell nicht häufiger einsetzen. Die SWS argumentierten, es werde eine gewisse Ka-

pazität an Leistung auf dem Dach benötigt, damit die Nutzung wirtschaftlich sei. Dieses Thema werde er ebenso wieder aufgreifen, so Herr Dr. Görres.

Das Thema Solaratlas stelle ein interessantes Modell dar, so StR Sakkaros. Es stelle sich die Frage, ob das Geoportal miteingebunden werden könne, da es den Sonneneinstrahlungswinkel auf das Gebäude je nach Uhrzeit und Jahreszeit werfen könne. Mit dieser Methode könne bewertet werden, ob ein Dach für PV geeignet sei oder nicht. Herr Dr. Görres betont, die Verwaltung werde diesen Aspekt erneut aufgreifen. StR Sakkaros betont, die Botnanger Solaroffensive sei sehr positiv zu bewerten. Auf Folie 21 der Präsentation seien Flächen wie eine Autobahnüberdachung dargestellt worden, was ebenso zu begrüßen sei. Beim Thema Agri-PV werde im oberen Bereich Strom mit Sonne produziert und am Boden Ackerbau betrieben. Dies stelle einen guten Ansatz insbesondere für Pflanzen dar, welche nicht viel Sonneneinstrahlung vertragen würden. Ihm sei wichtig, keine ertragreichen Böden zuzubauen, sondern ausschließlich wenig fruchtbare Böden für Agri-PV I zu nutzen, schließt StR Sakkaros seinen Wortbeitrag.

StR Dr. Oechsner (FDP) kritisiert StR Ozasek, ohne dessen "Big-Brother-Phantasien" über Befliegung und Ausspionierung wäre sein Wortbeitrag positiv gewesen. Es sei wichtig zu erkennen, dass mit der aktuellen technischen Ausstattung immerhin ein Potential einer Verachtfachung im Vergleich zum jetzigen Stand bestehe. Bei einer realistischen Betrachtung gingen einige in mehreren Wortbeiträgen vorgeschlagene zusätzliche Maßnahmen einen Schritt zu weit. Zunächst sollten die jetzigen möglichen Maßnahmen durchgeführt werden. Im weiteren Verlauf erwarte er in diesem Bereich eine technologische Offensive, wodurch sich völlig andere Möglichkeiten bieten würden. Die Betrachtung eines Sachverhalts auf 100 % mit dem aktuellen technischen Stand sei stets der falsche Weg. Der Stadtrat ist der Auffassung, dass bereits zahlreiche Anbieter seit Jahren in den Startlöchern ständen und aus verschiedenen Gründen ausgebremst worden seien. Nun sei aufgrund tragischer Umstände der Strompreis gestiegen, was zu einer Beschleunigung des Umstiegs auf PV-Strom führe. Herr Dr. Görres stimmt diesen Ausführungen zu. Mittlerweile würden beispielsweise rote PV-Module hergestellt, die sich ausgezeichnet auf großen südlich ausgerichteten Kirchendächern integrieren ließen.

In dem Bericht der Verwaltung sei die dort dargestellte Beteiligung der Menschen zu begrüßen, so StR Dr. Oechsner. Das Bürokratiemonster der Dachsanierung und der PV schrecke die Bürgerschaft ab. Glücklicherweise existierten Effizienzpioniere und Energieberater, die den Bürgern*innen diesen Aufwand zum Großteil abnähmen. Es bestehe teilweise sogar eine Verärgerung darüber, dass überhaupt ein bezahlter Berater benötigt werde. Dieser Sachverhalt müsse angegangen werden und es gehe in zahlreichen Bereichen nicht um die vorhandenen Gelder oder die Willigkeit der Bürgerschaft, sondern um die überzogene Bürokratie. In einer WEG könne nach der Installation einer PV-Anlage durchaus eine Wärmepumpe miteingebaut werden, jedoch bestünden oftmals dagegen Widerstände. Daher seien die Aspekte Öffentlichkeitsarbeit, Aufklärung sowie Hilfestellungen wesentlich wichtiger als der technische Bereich. Hier könne die Stadt nicht eingreifen und sei nicht zuständig, sondern das Handwerk. Die Übernahme von Bürokratie im Handwerk durch die Stadt sei innovativ und zu begrüßen. Jede Verlaufskurve, die nicht linear, sondern exponentiell ansteige, sei positiv. In 5 Jahren würden völlig neue technologische Möglichkeiten bestehen, das Ziel der PV-Energieerzeugung zu erreichen. Der Stadtrat appelliert, die Förderung für Balkonkraftwerke zu streichen. Es stelle sich nämlich die Frage, ob der betriebene Aufwand mit dem erzielten Resultat

kongruent sei. Aktuell lägen die Kosten für ein Balkonkraftwerk nicht mehr bei 1.000 EUR, sondern bei 600 EUR. Bei einer Kosteneinsparung von 150 EUR pro Jahr sei dies nicht nach 7, sondern nach 4 Jahren amortisiert. Für diejenigen Bürger*innen, die sich diese Kosten nicht leisten könnten, solle eine Lösung gefunden werden. Es stelle sich grundsätzlich die Frage, ob alle positiven Maßnahmen subventioniert werden müssten, was mit einem hohen Bürokratieaufwand verbunden sei. Ein Bewohner mit einem Balkon würde die Investition in ein Balkonkraftwerk auch ohne Förderung durchführen. Eine Art "Subventioritis" bringe keinen Nutzen mit sich. Besser sollten diese Gelder für die Beratung der Bürgerschaft und der WEG-Hausverwalter verwendet werden.

Die weiteren Aussichten im PV-Bereich bezeichnet StR Zaiß (FW) als relativ positiv.

StR Rockenbauch betont, die Bedeutung eines Balkonkraftwerks dürfe nicht unterschätzt werden. Jeder private Nutzer eines kleinen Balkonkraftwerks werde über die eigene Stromerzeugung begeistert sein. Diese Begeisterung bringe weitere Auswirkungen darüber hinaus mit sich. Die Fragestellung in Bezug auf diejenigen Bürger*innen, die sich ein Balkonkraftwerk nicht leisten könnten, sei richtig. Ein "normaler" Nutzer erhalte 200 EUR und ein Bonuscardinhaber bekomme 300 EUR. Nicht alle Bonuscardinhaber könnten weitere rund 300 EUR bezahlen. Es stelle sich die Frage, ob ein Finanzierungsmodell mit einer monatlichen Rückzahlung von 10 EUR angeboten oder ob für Bonuscardinhaber ein Balkonkraftwerk kostenlos zur Verfügung gestellt werden könne. Somit könne ein Bonuscardinhaber 150 EUR pro Jahr einsparen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt BM Pätzold Kenntnisnahme des Berichts durch den Ausschuss für Klima und Umwelt fest.

Zur Beurkundung

Haupt / as

Verteiler:

- I. Referat SWU
zur Weiterbehandlung
Amt für Umweltschutz
Amt für Stadtplanung und Wohnen (5)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. *S/OB*
S/OB-Wohnen
Stabsstelle Klimaschutz
 3. *Referat AKR*
Haupt- und Personalamt
 4. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
Liegenschaftsamt (2)
SWS
SWSG
 5. Amt für Revision
 6. L/OB-K
 7. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. *CDU-Fraktion*
 3. *SPD-Fraktion*
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION*
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 5. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 6. *FDP-Fraktion*
 7. *Fraktion FW*
 8. *AfD*
 9. *StRin Yüksel (Einzelstadträtin)*

kursiv = kein Papierversand